Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT
PRESSESTELLE

PRESSEMITTEILUNG 8. März 2013

Nr. 25/2013

Kultusministerium begrüßt Ergebnisse der "Expertise Gemeinschaftsschule"

Minister Stoch: "Aus dem Gutachten geht hervor, dass die Gemeinschaftsschule pädagogisch eine sehr gute Möglichkeit bietet, die großen Herausforderungen für unser Schulsystem angemessen und wirtschaftlich anzugehen"

Kultusminister Andreas Stoch MdL begrüßt die Ergebnisse der von der GEW in Auftrag gegebenen "Expertise Gemeinschaftsschule". "Aus dem Gutachten geht hervor, dass die Gemeinschaftsschule pädagogisch eine sehr gute Möglichkeit bietet, die großen Herausforderungen für unser Schulsystem angemessen und wirtschaftlich anzugehen", sagte Stoch. Er betonte besonders das Ergebnis der von der Universität Tübingen stammenden Studie, dass integrierte Schulsysteme wie die Gemeinschaftsschule dazu beitragen könnten, die sozialen Benachteiligungen in unserem Bildungssystem zu verringern.

Stoch unterstrich, dass die Alternativen, wie etwa die Beibehaltung der Dreigliedrigkeit oder die Bildung von Schulverbünden aus Haupt-/Werkrealschulen und Realschulen, gegenüber einem integrierten Schulsystem mit der Gemeinschaftsschule mittel- und langfristig schlechtere Lösungen bieten. Neben deutlich höheren finanziellen Belastungen und zu langen Anfahrtswegen bestehe die Gefahr, dass sich solche Schulverbünde mittelfristig zu "Restschulen" entwickeln würden. "Die Landesregierung wird durch dieses Gutachten in ihrem Kurs bestätigt, die Herausforderungen vor allem durch den starken Rückgang der Schülerzahl durch die Weiterentwicklung der Schullandschaft und den Aufbau der Gemeinschaftsschulen anzugehen." Demgegenüber biete die Opposition keinerlei

Thouretstr. 6, 70173 Stuttgart, Telefon (0711) 279 - 25 20, Fax (0711) 279 - 25 50
E-Mail: pressestelle@km.kv.bwl.de, Internet: www.kultusportal-bw.de

Antworten auf die Herausforderungen, obwohl die Entwicklung zu immer weniger Schülern und höheren Bildungsabschlüssen schon seit Jahren bekannt sei.

Stoch nahm auch die Kritik der Gutachter an der bisherigen Ausgestaltung der Gemeinschaftsschulen auf. Obgleich die bisher genehmigten Gemeinschaftsschulen zu einem großen Teil aus ehemaligen Haupt- und Werkrealschulen hervorgegangen seien, setze sich bereits jetzt die Schülerschaft an den Starterschulen zu 40 Prozent aus Kindern mit Realschul- oder Gymnasialempfehlung zusammen. Dieses Ergebnis sei eine gute Voraussetzung dafür, eine große Leistungsbreite in den Gemeinschaftsschulen zu erreichen. "Zahlreiche Rückmeldungen zeigen uns inzwischen, dass sich künftig immer mehr Realschulen auf den Weg zur Gemeinschaftsschule machen wollen", unterstrich der Minister. Damit werde sich auch die Zahl leistungsstarker Schülerinnen und Schüler an den Gemeinschaftsschulen weiter erhöhen.

Der Kultusminister bestätigte auch, bis zum Sommer durch ein geregeltes Verfahren zur Regionalen Schulentwicklung klare Strukturvorgaben vorlegen zu wollen. Hierfür befinde er sich mit den Kommunalen Spitzenverbänden in ständigen Gesprächen. "Es ist mir sehr wichtig, die Kommunalpolitiker bei den Planungen einzubeziehen, da sie die Situation vor Ort am besten kennen", betonte Stoch. So solle auch sichergestellt werden, dass die besondere Situation einzelner Schulen nicht aus dem Blick gerate. Standards der regionalen Schulentwicklung seien aber auch schon bei der Genehmigung der Gemeinschaftsschulen der zweiten Tranche mitbedacht und umgesetzt worden.

Zudem bereite das Kultusministerium derzeit die Eckpunkte vor, mit denen die Inklusion in den Schulen schrittweise umgesetzt werden solle. Die entsprechende Änderung des Schulgesetzes sei für das Schuljahr 2014/15 geplant. Bereits jetzt sei aber der Anspruch der Gemeinschaftsschule als "Schule für alle" erkennbar: Im laufenden Schuljahr besuchen laut vorläufigen Zahlen insgesamt 123 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf die Klassenstufen 1 bis 5 an den öffentlichen Gemeinschaftsschulen. "Wir wollen erreichen, dass Kinder mit Behinderung schrittweise in den Regelschulen eingegliedert werden können, wenn die Eltern dies wünschen“, erklärte der Minister. „Es geht darum, gemeinsam mit den Eltern den besten Bildungsweg für ihr Kind zu finden."